

# Wirtschaftliche Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A) 7 3600-3665. Fernverkehr: Dönhoff 3686-3698. Telegramm: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

## Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preis: mm-Zeile 33 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Auswärts 15 Pf.] • Nr 517

FREITAG, 28. OKTOBER 1932

MORGEN-AUSGABE

## Braun morgen bei Hindenburg

### Heute Beschlußfassung über neue Preußen-Aktion

## Die Stunde des Protestantismus

### Zum Reformationsfest

Von  
D. OTTO PIPER  
Professor der Theologie an der Universität Münster

Gestern nachmittag sind unter dem Vorsitz des Reichsanwalters von Papen in seiner Eigenschaft als Reichsminister für Preußen die mit der Zeitung der preussischen Ministerien beauftragten Staatssekretäre zu einer ausführenden Beratung zusammengetreten. Diese „Staatsministerialberatung“, wie nach dem Leipziger Urteil die Beratungen des Reichsministerials als offiziell genannt werden, hat die bevorstehende Beschlußfassung so weitgehend vorbereitet, daß der Beschlußfassung des Reichsanwalters eigentlich nur noch formale Bedeutung zukommt. Reichsanwalters von Papen hat nach der Mitternacht von seinem kurzen Jagdausflug bereits mit dem Staatssekretär des Reichspräsidenten, Weisner, mit dem Reichsinnenminister Freiherrn von Gumbel und mit dem kommissarischen Leiter des preussischen Innenministeriums Dr. Bracht ausführliche Besprechungen über die Staatsministerialberatung und vermittlungsmäßigen Folgen des Leipziger Urteils gehabt. Auf der Grundlage dieser Besprechungen fand die heutige „Staatsministerialberatung“ statt.

Das Reichsabinett selbst wird zur formellen Beschlußfassung heute vormittag um 11 Uhr zusammentreten. Das Kabinett wird sich, so hören wir, vornehmlich an jene Erklärungen des Staatsgerichtshofes halten, in denen ausgeprochen wird, daß unter bestimmten Voraussetzungen der Reichspräsident durchaus berechtigt ist, „nicht nur die politischen Maßnahmen, des Reiches und Preußens in einheitliche Bahnen zu lenken“, sondern daß es „zweckmäßig erscheinen konnte, auch die Ministerien zu erfassen, deren Aufgabensphäre nicht im Gebiet der allgemeinen Politik liegt.“

Daraus will man den Schluß ziehen daß eine sehr enge Zusammenfassung der preussischen und der Reichsverwaltung durchaus notwendig ist zu begründen sei. Die Maßnahmen, die sich aus dieser Auffassung praktisch ergeben werden, lassen sich grundsätzlich leicht erwarten: Von der Unterstellung einzelner preussischer Ministerien unter Reichsverwaltung war schon vor längerer Zeit die Rede, und auch von einer Vereinigung der preussischen Zentralverwaltung oder (schließlich) von einer Vereinfachung der doppelten Politik, die durch die Existenz zweier Kabinette in Berlin wiederholt entstanden.

Ueber die grundsätzlichen Wünsche des Reichsabinetts dürfte Ministerpräsident Braun durch die Befragung unterrichtet worden sein, die am Mittwoch zwischen dem Staatssekretär beim Reichspräsidenten, Weisner, und dem preussischen Ministerialdirektor Bracht stattgefunden hat. Um die Einzelheiten der Zusammenarbeit festzulegen, wurde für den Sonnabend ein gemeinsamer Empfang des Reichsanwalters von Papen und des Ministerpräsidenten Braun beim Reichspräsidenten vorgesehn. Offiziell ist als Thema dieses Empfangs festgelegt worden: Aussprache über die durch das Urteil des Staatsgerichtshofes aufgeworfenen Fragen.

Das Reichsabinett will dem Ministerpräsidenten Braun und den anderen Mitgliedern des preussischen Kabinetts Arbeitsräume und Beamte für ihre durch den Staatsgerichtshof ausdrücklich anerkannte Tätigkeit zur Verfügung stellen, allerdings wird an preussischen Arbeitsmöglichkeiten nach dem geplanten neuen Vorgehen des Reiches wenig übrigbleiben.

## Das Massentreffen im Syddepark

### Polizei vertreibt die Arbeitslosen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 27. OKTOBER

Die Hunderttausenden der Hungerdemonstranten sind heute nachmittag beinahe mit programmmäßiger Regelmäßigkeit um 2/5 Uhr vom Gelände des Syddeparks einmarschiert. Jeder Kolonne tritt ein Zuzug weiterer Demonstranten. Die Menge ist sehr zahlreich in kurzen Absätzen von Polizisten zu Fuß begleitet. Ueberhaupt zeigte das weite Gelände des Syddeparks, lange bevor die Demonstranten und die Hungerer erlebten waren, das Bild eines Festplatzes. Neben Herdgruppen und Polizeibereitschaften konnte man Wagen sehen, auf denen dröhnende Telephonkondensatoren montiert waren, von denen aus im Stillen Polizeiverordnungen herübertragen werden können.

Man hielt den Eindruck, daß unter den vielen Tausenden, die die Hungerdemonstranten erwarteten, viele Hungerer als ausgeprobenere Sympathisierende waren. Die Mäße, mit Transparenten und Fahnen an der Spitze, begaben sich zunächst in großer Ordnung auf die Versammlungsplätze, wo von dreißig Rednertribünen aus Ansprachen gehalten wurden. Neben roten Fahnen und den kommunistischen Parteiblenken: Hammer und Sichel, stand auf großen roten Plakaten: „Wir fordern die Abschaffung des Reichsministerials!“ — „Wir wollen Brot!“ — „Brot aus Arbeit!“ Der äußere Eindruck der Hungerprozession richtigerweise die Bedeutung kaum, da der ganze Zug einen sehr disziplinierten Eindruck machte.

Größere Schwierigkeiten bereitete der Polizei die Masse der Hungerer. Im den eingehenden Demonstranten Platz zu machen, war für die Polizei dieses geschwungen, die Posten auseinanderzutreiben, und hierbei ist es dann auch zu den ersten Zusammenstoßen gekommen. Unruhliche Szenen spielen sich auf dem Great-Comberland-Platz, in unmittelbarer Nähe des Syddeparks, als so manne Menge von arbeitlosen Jugendlichen plötzlich auf dort postierte Polizeikraftwagen Steine schleuderte. Wertvolle Polizei verfuhrte daraufhin, die Menge auseinanderzutreiben, mußte jedoch, da sie durch Steinwürfe bedroht wurde, zum Gummistoppel greifen und zu verschiedenen Verhaftungen

gehen. Ähnliche Szenen ereigneten sich in den Zufahrtstraßen zum Marble Arch, wo verächtlich Lebenstentor durch Steinwürfe geträumt wurden.

## Echo im Unterhaus

Während auf der Straße im Syddepark Menschen rebeben, fangen und hochziehen, herrschte im Sitzungssaal des Hauses der Gemeinen die übliche, vielleicht um etwas ernstere neutrale Ruhe. Die Szenen, die mancher befürchtet hatte, blieben aus, vor allem deshalb, weil alle Beteiligten alles taten, um sie zu vermeiden. Die drei Abgeordneten der äußersten Linken, Maxton, Macdonald und Buchanan wuschen nacheinander ihren Mund vor, das Sans mänge eine Abordnung der Arbeitslosen empfangen. Sie haben um Unterbrechung der Sitzung und Wiedereröffnung mit einer Debatte über die Arbeitslosenfrage. Ihre Ton war befremdend, aber ruhig. Ohne einen Zwischenruf hörte sie das voll beehrte Saal, als sie immer wieder dem Sprecher seine Vorstellungen machten, der aus Gründen der Reihenfolgeordnung ihre Forderung ablehnte und angedeutet auf die Zwecklosigkeit einer solchen Demonstration hinwies.

## America jetzt herab

NEW YORK, 27. OKTOBER

In Cleveland sagte der Unterstaatssekretär im Schatzamt, Coffey, in einer Rede im House of Representatives, die Verhandlung der europäischen Schuldner vor.

Wichtigste war es jedoch, nur der Hoffnung auf eine günstige Schuldentilgung, die weder von der republikanischen noch von der demokratischen Partei zu erwarten ist. Er schlug die Ausarbeitung eines Abkommens über die Schuldentilgung entsprechend der Abnahme amerikanischer Waren durch die europäischen Schuldner vor.

Meistgerweise feiern die Kirchen der Reformation den 31. Oktober in Erinnerung an den Tag, da 1517 Luther seine 95 Thesen an die Tür der Schloßkirche in Wittenberg ansetzte und damit der Reformation der Kirche Bahn brach. Aber haben die evangelischen Kirchen noch ein Recht, diesen Tag zu feiern? Sind sie nicht in den letzten Jahrzehnten von Abberlage zu Abberlage geschrumpft? Da Wittenberg, das die Kirche traf, die im Strasse allzu loyal die Wünsche der Regierung vertrat; der Niedergang an äußerer Macht infolge der Trennung von Kirche und Staat; die politischen Fortschritte der katholischen Kirche in der deutschen Republik; die Kirchenaustrittsbewegung und die Gottloospropaganda, die bei evangelischen Kirchen ungleich härter traf als bei katholischen; man kann die vielen kleineren Missetaten ganz belächeln lassen, die Aufstellung zeigt schon, wie sehr die evangelischen Kirchen heute geschwächt sind.

Und doch reibt man heute von der „Stunde des Protestantismus“. Unter den Kräften, die das neue Reich bauen sollen, liegt der Protestantismus in erster Linie. Man denkt dabei an das alte, politisch aktive Christentum, das sich namentlich in der altpreussischen Union herausgebildet hat; man denkt daran, daß die nationale Bewegung namentlich im evangelischen Nord- und Ostpreußen durch die Volksbewegung geworden ist, und man sieht schließlich, wie die Grundidee des neuen Staates, Rüstung zur Autokratie, gerade in einflussreichen protestantischen Kreisen das theologische Hauptthema geworden ist. Da das Zentrum vorläufig noch immer ein demokratisches Gebilde ist, so scheint in den Köpfen dieser Politiker eine Einseitigkeit des Protestantismus in die neue Front diesen gute Aussichten auf Wiedergewinnung seiner alten Machtstellung zu bieten.

Aber die Rechnung ist falsch. Nicht nur politisch, sondern was in diesem Falle noch schlimmer ist, auch religiös. Geht den Fall, der Protestantismus reichte sich heute in diese Front ein — wozu einflussreiche kirchliche Führer geneigt sind — so würde damit die Reformation verraten, und die Kirche würde dabei nicht einmal als äußere Organisation gewinnen. Die evangelischen Kirchen können nicht dankbar genug sein, daß sie durch die Revolution von 1918 die Freiheit vom Staat bekommen haben. Denn das hat ihnen nicht nur die Möglichkeit gegeben, ihre Geschäfte selbst zu führen, sondern auch, was ungleich wichtiger ist, ihrer Bestimmung leben fremden, unfaßlichen Einflüssen fernzuhalten.

Zugegeben: die Verfassung ist heute nicht nur für die Kirchen, sondern auch für jeden besuchten Protestanten groß, sich einfach mit der neuen Front zu identifizieren. Die Republik hat die Kirchen mit mancherlei Unfreundlichkeit bedacht, die Church der freireligiösen Bistrotarie des S. P. D., die überhaupt nicht begriff, was Kirche und Christentum ist, war selbst für die evangelischen Gläubiger der Partei in hohen Maße nachteilig, und die Mühseligkeit, mit der das Zentrum seine Machtstellung auf dem Gebiete der Personalpolitik ausübte, muß schließlich auch die verbittern, die bereit waren, auf diesem Gebiete auch ein Unrecht der alten Regierung den Katholiken gegenüber auszugeben. Aber man gebe sich keinen Täuschungen hin: liegt der neue Kurs, so bedeutet das nicht etwa größere Freiheit und größeren Einfluß der Kirchen, im Gegenteil. Im „christlichen Staat“ der Herren von Papen und von Gumbel ebenso wie in dem auf dem Boden des „positiven Christentums“ stehenden „Dritten Reiches“ werden die Kirchen nur soweit Rechte haben, als sie bereit sind, sich in den Dienst der Regierung zu stellen. Sie glaube nicht einmal, daß personalpolitisch viel gewonnen wurde. Denn ist die neue Front freigeht, so wird sich das Zentrum im annehmen, trotz der Schwierigkeiten, die ihm von seinen eigenen Arbeitverweigerern erwachsen werden.

Sie möge nun nicht dahin mitverleiten werden, als ob ein Protestant sich nicht für die neue Front entscheiden dürfe. Reformation, denn der ist ja gerade eine Grundgesamtheit der Reformation, daß es für den einzelnen in weltlichen Dingen keine kirchliche Bindung geben kann. Die evangelischen Kirchen werden sich selbst preisgeben, wenn sie nicht katholischen Vorbild die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei für unannehmbar mit dem Glauben erklären würden. Aber eben deshalb muß man die Kirchenregierungen und die



# Politik im Buch

## Simons: „Kann Europa Frieden halten?“

Ein Buch? Ja, ein Buch! Ein Buch von einer ungeheuren Kraft realpolitischen Denkens.

Die Stimmung des letztenjährigen Wannes, der dieses Buch geschrieben hat, ist durch und durch tragisch. Er steht unter dem Eindruck, daß Europa seit einem Jahrzehnt in einer neuen Katastrophengefahr entgegensteht und schon mitten darin sei. Als Amerikaner wendet er sich an die Angehörigen; glaubt nicht, daß in eurer sentimentalen Wortart der Kriegesgefahr in Europa beizukommen ist! Sondern ruft er seinen Landsleuten zu, nicht eurer Freigebigkeit, nicht euren Bützergüter gefällig! Aber jetzt, wo der Krieg alles in die Luft jagt und die Welt vor die Grenze droht, könnt ihr euch der Krieg nun noch als höchst Verstandeshaft der Europäer denken, der man mit moralischer Belehrung und Entzückung bekommt. Der Krieg der Europäer ging aber und geht und wird gehen um dieselben heiligen Güter, um die jeder einst gekämpft hat: nationale Freiheit, Einheit, Ehrelichkeit. Uns Deutschen und den anderen Völkern des Weltreiches ruft Simons zu: Tüchtig euch nicht! Macht ihr es nicht und kein Mensch kann es für euch tun! Simons ist aber, der das Sans-nichterheit, um unter den Trümmern nicht nur sich, sondern auch die anderen zu begraben. Knüpft wieder an Locarno an, und laßt eure gerechte Gade reisen.

Das Buchsichende Gade gerecht ist, erkennt Simons an. Aber nun beweist sich der Mensch mit dem Blick für das Tragische, der Realität, von dem wir soviel lernen können. Er stellt fest, wie die Gade der anderen ist „gerichtet“. Frankreich hat sich abgespalten vor den 90 Millionen Deutschen in Europa. Allein hält sich Frankreich aber trotz seiner Waffenüberlegenheit nicht für stark genug. Die Militärmacht Frankreichs, Polens und der kleinen Entente ist jeder anderen Kombination in Europa überlegen. Aufgrund braucht noch lange den Frieden. England ist zur Zeit „quantitativ neigend“. Alle die 1919 geschaffenen und von Frankreich unterhaltenen neuen Nationalitäten glauben an ihr Recht und sind entschlossen, dafür zu kämpfen. Jeder muß man Simons Menschensführung in vielen widerprechen. Er kann bei allem Streben nach Unparteilichkeit seine Vorliebe für Frankreich nicht verbergen, und die Einmüdigkeit gegen seine Ohntungen abetelt der Lieberherr Karl Federer in einem knappen Kommentar ausgesprochen heraus.

Die drei Punkte, daß Frankreich unerbittlich entschlossen ist, seine Vorherrschendheit und sein Bündnisssystem aufrechtzuerhalten, daß England, Italien und Amerika zu irgendwelchen, dem französischen System entgegenzutreten, und daß demnach Deutschland nur die Wahl hat, sich einzuliegen oder in einem hoffnungslosen Krieg noch einmal zusammengefallen zu werden, das ist der wesentliche Inhalt dieses Buches (Historisch-Politische Verlag, Berlin). Des Schicksals ganze Grauzukunft sieht uns an, wenn wir uns unter die Wahrscheinlichkeiten, die Simons predigt, beugen wollen. Simons sagt uns: den Gläubigen an unser Recht und die Hoffnung auf die Zukunft sollen wir im Dingen beharren, wie die Franzosen ihren Glauben und ihre Hoffnung noch 1871 behielten haben, aber nicht davon ablassen und nichts tun, was die Gegner herausfordern. Ich muß man fragen, ein Volk denken, das nach Gebetsverweilen, materiellen Opfern und Kränkungen, mit denen die Weiden Frankreichs 1870 nicht in Vergleich kommen, solcher Entschlossenheit fähig ist? Es scheint nicht. Dann aber, wenn wir der Entschlossenheit nicht fähig sind, so müssen wir doch tiefer in unsere Dunkelheit hinab, ja, wenn Europa nicht die Welt der Verheertheit herausfindet. Die erschütternde Wahrheit lehrt das Buch von Ernst D. Simons. Würde es beachtet und verstanden, es könnte einen ganzen Eubel umwenden und retten.

Ein Buch? Ja, ein Buch! ...

Dr. Eugen Fischer-Baling.

# Badens Konfordat ausichtslos

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

KARLSRUHE, 27. OKTOBER

Nachdem die Sozialdemokratie in einer gemeinsamen Sitzung des Parteivorstandes und der Landesorganisation das Konfordat für Baden ablehnt, hat nunmehr auch der andere Regierungspartner des Zentrums, die Deutsche Volkspartei, Stellung zur Frage des Konfordats genommen. In einer offiziellen Erklärung der deutschen Volkspartei wird gesagt: „Nach der grundsätzlichen Ablehnung von Reichsverträgen durch die sozialdemokratische Partei in Baden muß die Deutsche Volkspartei in Baden den Verzicht der Regierung das Verhältnis zwischen Staat und Kirche durch Verträge neu zu regeln, sich als gescheitert betrachten. Es ist selbstverständlich, daß ein so bedeutsames Werk, wie der Abschluß eines Vertrages mit der katholischen Kirche in Baden nur auf dem Einverständnis aller im Reich vertretenen Regierungen zustande kommen kann, wenn es die Zustimmung sämtlicher Regierungenpartei findet. Das ist nicht geschehen. Damit ist allen Regierungenpartei die Freiheit des Bondens gegeben. Für die Deutsche Volkspartei entfällt damit auch die Aufgabe, die Frage der Abschluß von Reichsverträgen in ihren zukünftigen Anträgen, die bisher noch nicht Stellung genommen haben, zu erörtern.“

Damit ist der Konfordatverzicht in Baden wieder endgültig gescheitert. Welche politischen Folgen durch diese Stellungnahme der beiden Regierungenpartei Sozialdemokratie und Deutsche Volkspartei eintreten, hängt nunmehr von der Haltung des Zentrums ab, das eine Entscheidung vornehmlich erst nach dem Reichstagswahl treffen wird.

# Ein Stadtrat wird aufgelöst

Das städtische Innenministerium hat den Stadtrat von Zell-Melsb mit sofortiger Wirkung aufgelöst, weil er wiederholt Beschlüsse gefaßt habe, die unüberprüfbar seien.

# Beamtenbund bleibt überparteilich

Rechtsradikale Quertreibereien zurückgewiesen

In der Nachmittagsagung des Deutschen Beamtenbundes haben die politischen Organen, die von bereits fünf Angehörigen, zum Ausbruch. Es darf schon vorweggenommen werden, daß rechtsradikale Cyprien eine jähliche und moralische Niederlage erlitten hat.

Erprobt vor der Vorsitzende des Verbandes der Technischen Golbweber, Dr. Klüver. Was er vorbrachte, wurde Rebersart nicht wie es sehr der Zeitung die Mithridat der Tat, fe besitze nicht die Qualitäten von Führerpersönlichkeiten, von. Der Beamtenbund habe die Brüningsche Noteroderungspolitik nicht oder ganz passiv beklamt, weil die Zeitung selbst den Brünings-Parteien gestimmungslos nachzugehen habe. Er sehe nicht, als die Vorgänge in Oldenburg und Braunschweig als Vorstufe gegen die Reichserhebung zu erklären, aber dafür könnten sich die Beamten bei der Bundesleitung und bei dem Hauptgeschäftsführer Gehrin beklamen. Der Beamtenbund besitze jetzt die entscheidende Stimmkraft mit dem Nationalsozialismus. Die Zeitung müsse sofort abtreten, um dem Bund die Möglichkeit zu geben, mit dem Nationalsozialismus in ein erträgliches Verhältnis zu kommen.

Während der ganzen Rede Altmers kam es an empörenden Zwischenfällen, die bei dem Ausbruch über Oldenburg eine Lauterrednung herbeiführten. Die Verhandlungsleitung ließ sich genötigt, die angegriffenen Mitglieder der Bundesleitung gegen diese persönliche Verleumdung ausdrücklich in Schutz zu nehmen. Der wenig rühmliche Abgang Klüvers wurde mit ironischen „Hei-Hei“-Aufen begleitet.

Uns welchem Gode diese Herde des Nationalsozialismus angenommen ist, erfuhr man jedoch erst aus den Enthüllungen der nächsten Wochen. Vor drei Jahren hat Klüver auf dem Bundeskongress seinen Verband in Dresden eine Rede gehalten, in der er ein ferretisches Bekenntnis zur Republik ablegte, und eine Lauterrednung herbeiführten. Die Verhandlungsleitung ließ sich genötigt, die angegriffenen Mitglieder der Bundesleitung gegen diese persönliche Verleumdung ausdrücklich in Schutz zu nehmen. Der wenig rühmliche Abgang Klüvers wurde mit ironischen „Hei-Hei“-Aufen begleitet.

# Blick in die Wälder

Reichsrumgründung durch Staatsvertrag

Die „Westliche Bären-Zeitung“ erwähnt merkwürdige Pläne, die wohl jetzt als abgelehnt gelten können. Das Blatt schreibt:

„Wenn man sich in Preußen, die der Reichserhebung nahekommen, bisher da und dort noch immer der Ansicht hingab, daß sich die notwendige große Reichs- und Verfassungsreform auf dem zu erwartenden neuen Vertrag des Reiches auf dem Wege direkter Staatsverträge zwischen dem Reich und den Ländern unter Auslösung eines arbeitsfähigen Parlamentes durchzuführen lassen würde, und daß man dabei auf eine gewisse Gleichheit der künftigen Regierung zählen könnte, so dürfte es jetzt allmählich an der Zeit sein, diese Hoffnungen, die wir niemals geteilt haben, zu begraben.“

Völlige Verschmelzung Reich-Preußen  
In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ liest man:

„Eine würdige Lösung ist nur durch die völlige Verschmelzung des Reiches mit Preußen zu erzielen. Nur so wird die Reichserhebung den notwendigen Konsens mit der Bevölkerung bekommen. Nur so wird es gelingen, die politischen und verwaltungsrechtlichen Hindernisse abzuräumen und wieder in die allgemeine Reichsverwaltung einzubringen. Eine solche Lösung ist ein, zu den preussischen Verfassungen die nötige Kompetenzverteilung zu verschaffen. Durch die völlige Identifizierung mit dem Reich wird es die Volk und Würde der Verantwortung und zugleich die Ehre und den Vorteil der effektiven Führung des Staates erhalten.“

Als die Nationalsozialisten Papen in den Sattel setzten

Am Rahmen einer Betrachtung über das Urteil von Leipzig erinnert das Stuttgarter Sozialdemokratische Organ, die „Schwäbische Tagwacht“ an folgendes:

„Die Reichsregierung hat zugleich ein politischer Schlag für den Nationalsozialismus, die nach ihrem eigenen Eingeständnis die wider die Reichsregierung gewesen sind. Wie könnte sich das wider die Reichsregierung, der preussische Landespräsident, am 20. Juli, am Tage des Gewaltstreiches, unter dem seltsamen Titel seiner Zeit in der Stuttgarter Stadtlohe: „Sehr schön ist die Reichsregierung auf meinen geliebten Brief an Papen hin angegriffen, und zwar auf eine Art und Weise, die ich besonders bedauere. Jetzt ist endgültig Schluß mit dem Braum und Zerlegen, was niemals werden wird, was aber immer kommen wird. Die Reichsregierung erheben, bemerkt dabei: „Die Entscheidung über diesen Wert nach einem vorhergehenden der Regierung, nachdem Herr Papen auf die unsanftmigen morgigen Lügen einging, das Kabinett Papen ist ein Kabinett der Nazi-Barone.“

Zur gleichen Zeit erklärte in einer Hamburger Rede der Führer der preussischen Nationalisten, Reich, indem er sich als den „Führer des neuen Preußen“ vorstellte, und den Hamburger Nationalsozialisten mitteilte, daß er auf dem gleichen Wege die politische Bekämpfung haben, wie es durch Papen in Preußen geschehen ist: „Die Regierung Papen und ihre Saten hind nur möglich gemacht durch die Nationalsozialisten. Deshalb muß der Reichs-M.A.B. das Verdienst der Abweisung der Preußenregierung zugestehen werden.“

Und der (Stuttgarter) „NS-Striker“ selber schrieb am Tag des preussischen Gewaltstreiches, daß er Papens Eingreifen in

Sammlung wurde immer wieder zum Ausdruck gebracht, daß seit Bestehen des Bundes noch keine Partei es gewagt habe, sich in diesen inneren Beziehungen hineinzumischen, wie es jetzt die Nationalsozialisten versuchen.

Verhandlungsleiter Fried von der Sozialen Arbeitsgemeinschaft deutlicher Beamtenverbände betonte mit Entschiedenheit, man müßte, wenn man vom Staat rede, auch den Staat haben, zu sagen, welchen Staat man meine. „Für uns ist der Staat noch wie vor die Demokratie, der republikanische Verfassungsstaat, der Volksstaat.“

In seinem Schlusswort teilte der Bundesvorsitzende H. Jäger mit, daß sich die Reichsregierung noch Papen wie ganz lebhafte Reichstagsmänner vor dem Staat hin ausgelassen hätten, innerer Einflüsterungen der politischen Kräfte der Beamtenführung vornehmen zu wollen. Er bedauerte aber, daß man ihm diese Erfahrungen nicht verschlossenem Türen unter vier Augen gemacht habe.

Zu Altmers Ausführungen nahm Jäger ausführlich Stellung. Der Beamtenbund habe die Brüningsche Noteroderungspolitik so sehr beklamt, daß er schließlich für das Kabinett Brünings als Verhandlungspartner überhaupt nicht mehr vorhanden gewesen sei. Ein Wechsel der Führung sei nur dann angebracht, wenn der Führer seine persönliche, laudable aber charakterliche Eignung verliere, nicht aber zu dem einzigen Zweck, zu einer bestimmten Partei ein besseres Verhältnis zu erlangen. Das wäre das Ende des überparteilichen Beamtenbundes. „Dieser Tag wird münden nicht ausfallen“, schloß Jäger, „aber nicht in diesem Saal und nicht unter den gewählten Jüngern, denn die Entlassungen sind ausgeblieben. Der Tag steht als Arbeitstag im Zeichen der Einheit und des Aufbaus!“

Die Genantionen sind ausgeschlossen, dafür aber haben Jäger, Gefährte und die große Öffentlichkeit die Rechte bekommen, daß der Deutsche Beamtenbund seine laudable, überparteiliche Arbeit nicht durch rechtsradikale Kränkungen ruinieren lassen wird. H. C.

„Rechen mit außerordentlicher Sorgsamkeit“ begrüßt: Die Aktion ist klug, klug und anstandslos. Die Aktion ist allgemein der Ansicht, daß sich die feitherrliche Machthaber vor dem Staatsgerichtshof eine entsprechende Niederlage holen werden. Das Urteil des Staatsgerichtshofes wird befähigen, daß die Schwärzen und Stoten in Preußen wider Recht und Verfassung ihrer Macht ausüben. Der von Nation und der Geschichte aber ist Papen eindeutig gerechtfertigt.“

# Wieder Neuerennungen

Die Kommunistenregierung hat u. a. folgende Personenänderungen beschlossen:

Zu Regierungspräsidenten werden, nachdem das Einvernehmen des Provinziallandtages erteilt ist, endgültig ernannt:

In Königsberg der Landrat Friedrich aus Mobergen, in Westfalen der Ministerialrat im Ministerium für Handel und Gewerbe Dr. Sommer.

Regierungspräsident Verhaas in Aürich wird in den zeitweiligen Ruhestand versetzt. Mit der kommunistischen Bewältigung des Regierungspräsidenten in Aürich wird der Ministerialrat im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Paull beauftragt.

Polizeipräsident Fiehn in Wiesbaden wird in den einseitigen Ruhestand versetzt. Mit der kommunistischen Bewältigung des Regierungspräsidenten in Wiesbaden wird der Regierungsrat von Werder vom Polizeipräsident Berlin beauftragt.

# Wiener Rektor muß sich entschuldigen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WIEN, 27. OKTOBER

Rektor wurde auf die doch sehr für Weltanschauung als auf weiteres geteilt. In der Sitzung des Reichstages sind einige Stunden, weil auch hier Nationalsozialistische Studenten verweigerten. Der Rektor der Universität, Professor Wolf, hatte dem amerikanischen Gesandten E. C. Stonen einen Entschuldigungsgesuch ab. Es waren nicht weniger als 25 amerikanische Studenten bei der Veranstaltung erschienen, um mitzutun, daß die Wien verlassen würden, falls noch weiterhin Landeausbau auf abendlichem Boden befehligt werden sollten.

# Prozeß Dullerjahn beginnt Donnerstag

Reichsgericht hält Lokaltermin in Berlin

Am 3. November beginnt vor dem IV. Strafamt des Reichsgerichts das Wiederanfrageverfahren in der Strafsache des früheren Kapitalbesitzer der Berlin-Rauten-Industrie Werthe M. G., Walter Dullerjahn. Man rechnet mit einer längeren Verhandlungsdauer. Das unter verlässlichen Vorbehalt, was Staatsanwalt S. Müller durchgeführte Verfahren soll im weitestgehend öffentlich verhandelt werden.

Nach Erledigung der mit der Dröpfung verbundenen Formalien wird voraussichtlich einige Tage in Leipzig verhandelt werden. Schon wird sich der Senat, zur Sachverständigen und Jägerbeteiligung nach Berlin begeben und sich dort vermutlich auch bis drei Tage aufhalten.

Als Hauptzeuge dürfte der frühere Generaldirektor der Berlin-Rauten-Industrie Werthe, von Dondard, in Frage kommen. Die Anklage wird die Reichsregierung, Dr. Paull vertreten, während die Verteidigung Dullerjahn bei Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld (Berlin) und die Ombudsman der Verhandlung wird auf zwei bis drei Wochen gefaßt.

# Unbekannte Holstein-Briefe aus der Bismarck-Zeit

4. Fortsetzung

Copyright 1932 by Ullstein A. G., Berlin

## Die Bismarck-Krise von 1879

Am 12. August 1879 hat Wilhelm I. Gastin, wo er mit Franz Josef zusammentraf, verlassen. Bismarck blieb länger dort und verabredet mit dem Grafen Andrassy das Bündnis zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn. Erschrockt durch diese Abwendung von Rußland, begibt sich der Kaiser nach Alexandrow zu einer Aussprache mit dem Zaren, seinem „alten Verwandten“. Professorenschreiben Bismarcks rufen ihn ins Fassung. Bismarck stellt die Kabinettsfrage. Wilhelm I. muß nachgeben. Im September wird in Wien das Schutzbündnis mit Österreich perfekt. Der Kaiser muß es im Oktober unterzeichnen. „Meine ganze moralische Kraft ist gebrochen“, steht der Zweiwadentzjährige. „Ich weiß nicht, was aus mir werden soll.“

Barzin, d. 15. I. 1880

Liebe Je,

[...] Ich bin nun schon in der 10. Woche hier, d. h. erst drei Wochen im Oktober, und dann wieder seit dem 29. November. Die Zeit war nicht immer angenehm, weil der Fürst in der ersten Hälfte Dezember recht fränk, am vollständigsten und leichten Anfängen von dieser Arbeit. Jetzt geht es wieder recht gut, und nächste Woche gehen wir wohl nach Berlin.

Der Grund der jetzigen Krankheit wurde in Gastein gelegt. In Aflingen, wo ich auch zur Kur war, ging es dem Kaiser besser als seit Jahren. Dann aber, in Gastein, kam die Krise wegen unserer veränderten Beziehungen zu Österreich. Der Kaiser hatte seit 13 Jahren auf dem Balkan gemauert. Als im Jahre 66 der Kaiser ein Stück Böhmen und ein Stück Bayern nehmen wollte, erklärte Bismarck: „Dann gehe ich ab.“ Der Kaiser unterließ darauf den Frieden ungefahr mit dem Jutisch. „Da alles, sogar mein eigener Sohn (der war für Bismarck) nicht verliert, so will ich diesen schmachvollen Frieden unterzeichnen.“ Daher damals Verrag und Krankheit von Bismarck, der den halben Winter in Putbus lag. Die Fremdenpolitik Bismarcks hat uns immer 70 sehr genützt. Die guten Beziehungen zu Österreich sollten jetzt, in diesem Sommer in eine bestimmte Form gebracht werden. Aber der Kaiser wollte nicht.

Ich war noch mehrere Wochen nach Bismarcks in Aflingen geblieben. Briefe aus Gastein veranlassen mich dorthin zu gehen, gegen meine ursprüngliche Absicht. Bei der Ankunft empfing mich Will mit dem Borsien; „Ja, Sie kommen gerade recht, wir gehen ab.“ Die Sache hat ich dann, wie Du wohl weißt, doch im richtigen Wege erledigt, die Erregung während der Kur aber hatte den Kaiser auf den Hund gebracht. Er kann ich gegen die Bente und hat mit dieser Arbeit, ich habe wieder möglichsten Mißbrauch getrieben. Es war unheimlich, wenn man hier nichts den Doktor aus dem Bett holen hätte, was zweimal geschah. Einmal hatte der Fürst zu ihm gesagt: „Ja, und wenn ich denke, wie viele Schweine ich in die Erde in der Welt bringe, die ich wohl beschauen, und ich lege hier ein Hund, weil ich nichts als meine Pflicht gegen die habe.“

Während der Zeit war nur der Doktor und ein Sohn hier. Am 2. Januar reiste der Vater auch; der Doktor und ich blieben allein, bis zum 7. die Fürstin wieder kam.

Der Chef und ich sind ziemlich auf einander eingelegt. Von seiner, sonst ja nicht immer verständlichen Art, merke ich nichts. Nur ergete er mich, indem er erklärte, mein Stübenzettel sei „lächerlich knapp“. Ich erwiderte, ich sei nicht postmodern der Familie Bismarck, late aber mein Weibes, könne jedoch nicht dafür, wenn der Schw- von hoch beide Portionen ischte. (Estati eines Sammelreidens habe er 7 Nippchen geschickt und den Rest wahrscheinlich selbst gegeben.) Er lachte und ischte mit die nächsten Tage den Stübenzettel zurück. Ich lehnte ab, indem was damit zu tun habe, und als die Fürstin kam, lasen wir für, der Fürst ischte wieder möglichsten Mißbrauch getrieben. Es war unheimlich, wenn man hier nichts den Doktor aus dem Bett holen hätte, was zweimal geschah. Einmal hatte der Fürst zu ihm gesagt: „Ja, und wenn ich denke, wie viele Schweine ich in die Erde in der Welt bringe, die ich wohl beschauen, und ich lege hier ein Hund, weil ich nichts als meine Pflicht gegen die habe.“

Er behandelte den Kaiser unrichtig. Statt der Verweise, den I. (...) alten Herrn durch begünstigt, praktisch gebildet, Stütze zu überlegen, I. (...) sollte er einfach sagen: „Dies muß sein.“ [...] Aber das will Bismarck nicht; er sagt, es ist gegen seine energiegelanten Gewohnheiten. Na, auf eine oder andere Art muß es gehen, nur ist er auch nicht mehr jung und hat keine unnützen Kräfte zu verlieren. Wichtig ist er großartig für je, und was eigenartige ist, er scheidet mit den Verhältnissen vor, bleibt nicht stehen, d. h. seine Ministerien sind nur auf das Ziel hin gerichtet, in dem die Mensch ein Tropfen ist. Die einzelnen Tropfen analysiert er zu wenig, daher manche falsche Schritte in Individuen. Neuerdings wieder hat er einen Halbbruder, Serap, Schüler von Delbrück, zum Staatssekretär für Elbisch ernannt. Der liberale, der bei ihm und dem alten Manteuffel durch die überlebenden Tendenzen machte, war der letzte Anstoß zu der letzten Kränkung. Den Nachmittag hatte er, indem ledens, fünf Wochen ditzert, und in der Nacht ging's davon los.

Ich selber bleibe wie der Solbat im Felde, d. h. ohne bestimmte Tagesregel. Unter Umständen arbeite ich 12 Stunden, meistens aber habe ich den ganzen Vormittag bis 12 freil,

und kann schießen, was ich will. Vormittag ischt ich mein zweites heißes Schwem.

Hier breche ich ab, da ich eben noch Aufträge für das Auswärtige Amt bekommen habe.

## Eine dunkle Intrige

Der Fall Benignen-Förder ist ein dunkles Blatt in der Bismarckschen Innenpolitik. Ein Duzendform des Grafen Herbert, von Schrader, wollte Oktober 1881 das Reichstagsmandat in Lauenburg erlangen. Der Kanzler unterstützte diesen Wunsch dadurch, daß er den Führer der Freisinnigen, Gustav Berling, unmöglich zu machen suchte. Sein Werkzeug hierfür war der Kirchspieltog von B.-F., der durch eine Intrige Landrat in Lauenburg geworden war. In der „Nordischen Presse“ und in einem Flugblatt wurde Berling auf Grund von Dienstbotenaussagen vorgeworfen, daß er vor Jahrzehnten Versicherungsbetrag und Vermögensunter-schlagung bezogen hätte. Der Erfolg war, daß der freisinnige Abgeordnete mit größerer Stimmensmehrheit als bisher gewählt wurde. B.-F. wurde von Lübecker Gericht wegen Beleidigung zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Bismarck behauptete daraufhin, die Verurteilung sei nur erfolgt, weil B.-F. vor ein nichtpreussisches Gericht gekommen sei. Im preussischen Landtag brachten Eugen Richter und Rieckert den Fall am 21. Februar vor. Minister v. Puttkamer mußte zugehen, daß die Beschuldigungen unbegründet waren, suchte aber B.-F. zu entschuldigen. B.-F. wurde nach Posen versetzt.

Die Briefefolge über den russischen General Skobelev betrifft dessen panslawistische Rede bei einem Festmahl in Petersburg.

Berlin, 18. Februar 1882.

Liebe Je,

Ich bin sehr verdummt und sehr bumm, habe mich Glück auch heute wenig zu tun.

Auch der Kanzler ist arbeitsam; wie gewöhnlich ärgert ihn manches in der innern Politik. Heute kommt im Landtage der Etat des Ministeriums des Innern vor.

Puttkamer sagte mir vorgestern, es werde ein gehöriges Kaputtgehen geben. Die Opposition will den allerdings sehr bedauerlichen Fall von Benignen-Förder vorbringen. Puttkamer sagte mir, er hätte seinerzeit auch einige gute Sachen als Hehlil auf Lager. Hoffen wir, denn möglich was.

Wie gefällt Dir der Speech von Skobelev? Für einen affigen General recht hübsch. Die Hauptfrage ist, daß man die Sache nicht erwidern, sondern den Ernst als Bildung von Größenwahn und Weisheit charakterisiert. Ich habe getan, was ich konnte, damit diese Auffassung in die Presse kommt, besonders in die Blätter, welche für gewöhnlich mit der Regierung keine Verbindung haben. Mein Duzernat ist das garniert, aber es war eben Eile nötig. Ich vermute, Skobelev möchte den slavischen Gorbalk spielen, oder wöglich in den slavischen Apolozen. Da sein Kaiser, der ihn gar nicht leiden kann, ihn aber ischt, ist ein Entschluß finden wird, ihm zu Liebe zu gehen, darauf bin ich neugierig.

## Bismarck-Jubiläum

Berlin, 23. Sept. 1882

Liebe Je,

Heute vor 20 Jahren war ich in Karlsruhe als Reconno-lefant; es fällt mir grade ein gelegentlich des Bismarckschen Gedankens (der Berufung Bismarcks zum Ministerpräsidenten). Ich ische den Tag ohne Demonstrationen nach Barzin vorübergehen; bei einem Manne, der das Wohlwollen meist von sich abgibt, ist er mir leicht dem Verdacht folgender Worte ausgelegt.

Heute früh kam ich aus Scheveningen zurück; dort war ich 11 Tage, vorher drei Wochen in Schlangenbad.

Im Juli und August habe ich den Unterrichtssekretär vertreten, auf Schiffsantrag beim Reichstanzler. Obwohl man nicht sagen kann, daß ich zu jung bin, machte die Sache doch anfangs den Älteren keinen, den bedauert unter meinen Kontrolle kamen, mangelte Heizer, auch Gorbalk war nichtig piziert. Inzwischen ist die Sache glatt verlaufen. [...]

Schlangenbad an sich ist nicht gerade turmwellig, mein hauptsächlichster Umgang im Orte war der alte Präsident Simon und der österreichische Vorkämpfer in Paris Graf Bismarck. Die Frau, geb. Umar, hat einen ungemein schwermütigen Gesichtsausdruck. Seiner Zeit wollte sie den noch jetzt im Irenenbade befindlichen Kleit-Rollenborff heiraten, während der Affäreizende v. d. Deden, eine glänzende Partie, in die unglücklich verwickelt war, 2 Riche erhielt und, man kann wohl sagen, daran zu Grunde ging. Sie heiratete schließlich Bismarck, der reichlich 20 Jahre älter als sie ist. Sie hat zwei kleine Mädchen von 13 und 8 Jahren, die sie ganz geliebt erzieht; wenn sie isgen kann, ist sie für sich allein.

Während der ersten Tage des Schlangenbader Aufenthalts fand ich dort noch Guido Händel mit der Patina, die jetzt eine Özein ist. Ohne Großheit konnte ich ihnen nicht ausweichen und fand mich gegen Erwarten von ihrem Ungemehr klaren Berstande angezogen; ihre Urteile über Bismarck sind sehr zu beachten. Das nicht übertrieben isch und mit der Objektivität eines alten Mannes.

## Souveräne bei den Manövern

An den Manövern in Homburg nebmen 1883 der Prinz von Wales (Edward VII.) teil. König Alfons von Spanien, König Milan von Serbien, Kronprinz Carlos von Rumänien, Prinz Arthur von Connaught, Alfons XIII. wird vom Kaiser zum Chef eines preussischen Unnerregiments, das in Straburg steht, ernannt. Auf der Rückreise über Paris wird er von der Menge beschimpft.

Berlin, 23. Oktober 1883

Liebe Je,

Mit dem Reichstanzler geht es recht gut; ängstlich ist nur, daß jetzt, seit das Ehepaar Rantau dort ist, die Plät weniger streng befolgt wird. Auch mit dem Kaiser geht es gut, obgleich da die Sache mal pöhlisch aus sein kann.

Die Bomburger Manöver ischen wirklich sehr lustig gewesen zu sein. Die vertriebenen Souveräne haben sich etwas im Offenbadijchen Epl amüsiert. Der Verfäher war immer der Prinz von Wales, der, wie es ischt, auch weißtliche Geolge hatte.

Unser Alternräthgeber hat vom König von Spanien gefagt: „Für einen König zu vertragen“, weil der immer die andern Könige als „Mess-chers Colligues“ anrede und auch gern mit allerlei parlamentarischen Redensarten wie „do demando la parole“ u. a. deraf. kam. Bei dem pariser Emdal hat der kleine Herr sich nachher recht zu benommen.

Den Kronprinzen von Portugal hätte die Kronprinzessin gern als Schwiegersohn gehabt, er hatte aber, ischt es, gar keine Zeit. Die Prinzessin Vittoria wird wohl nicht so leicht zu placieren sein. Ich isch sie nie in der Nähe, je soll aber „mordgärrig“ sein, dabei sehr erpicht aufs Betragen, wird behauptet.

Auf den Spanier zurückzukommen: Die ganze Bateier Geschichte wurde vermiehen worden, wenn Bismarcks Telegramm, in einem der von der Bateier eines Regts, aber, in Stunde früher ankam. Inzwischen hat die Sache ischließlich nicht geschadet.

In einer französischen Revue erscheint jetzt eine Reihe von Artikeln über la Société Berlinoise, mit in die gefaundter Feder geschrieben. Manche vermuten, daß der Verfasser die Gräfin v. Lubitz, Frau des französischen Gesandten in Paris, ist. Tüchtigen Urtrugens, gemein aussehend, sehr liebreich — je süßes courtoise, ist ihr Lieblingssausdruck, wenn sie sich einen neuen Anbeter sucht —, hat sie hier eine schlechte geistliche Stellung und tädt sich entsprechend, vorausgesetzt, daß sie es wirklich ist.

Das war nicht der Fall. Verfasserin war Prinzessin Katharina Radziwill, geborene Gräfin Rezuwska.

## Die Bismarck-Spende

Zum 70. Geburtstag des Fürsten wurde eine Bismarck-Spende begründet, die u. a. die alten Schönhauser Güter für ihn erwirbt.

[Berlin, Ende April 1885.]

Liebe Je,

Herzlich den Dank für Deinen Glückwunsch; trotz time and tide haben wir Weiben das immer festgehalten.

Somit ist das, was mit Interzession voram, schon in den Anlagen verzeichnet. Nicht notiert habe ich, weil mir's peinlich war, daß, um die Hypothek von 350 000 Mark auf Schönbäumen zu tilgen, Bismarcks 200 000, Weidners 100 000 und Schwabes 50 000 Mark geschenkt haben!

Ja, der Mann hat große Charakterstärke, aber doch — was fangen wir an, wenn er mal weg is? Es wird eine ganz große Wirtshaft.

[Berlin, 4. August 1885.]

Liebe Je,

[...] Die Frage, ob meine Aufzeichnungen für mich sind, vertheile ich so, ob ich sie jemals veröffentlichen will? Darüber kann Du Dich beruhigen. Eine derartige Veröffentlichung ist unbedenklich für meinen den größten Teil des Inhalts. Ich kann mir wohl denken, daß manches in meinen Urteilen über die Familie Bismarck Dich frappirt. [...]

Wenn jetzt Knudsen noch Nöben-Lübbidow kommt, lasse den nur nie etwas merken.

\*

Aus dem Inhalt der morgigen Nummer:

**Bismarcks Kraft nimmt ab**

**Friedrich III.**

**Der junge Kaiser**

Hierzu zwei Beilagen

Verantwortlich für die Anzeigen: Willy Sauer, Berlin  
Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zweimal wöchentlich. Für Anzahlung der Lieferung gegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises — Täglich: „Unterhaltungsblätter“ — „Fremd- und Handelsblätter“ — Wöchentlich: „Die illustrierte Beilage“, „Zeitschriften“ — „Literarische Umschau“ — „Reise und Wanderung“ — „Recht und Leben“  
Für Rücksendungen an den Verleger: Ullstein & Co., Berlin  
VERLAG UND DRUCK: ULLSTEIN A. G., BERLIN

# Ueberrassungen im Stadtparlament

## Stadttrat-Stellen werden ausgeschrieben

Die gefrige Sitzung des Berliner Stadtparlaments brachte gleich drei große Verhandlungen in wichtigen Fragen. Sowohl bei der Entscheidung für drei ausweichende Magistratsstellen wie bei der Wahlung über die Bezirksreform, als auch bei der Entscheidung über die Ersatzstellen ergaben die Abstimmungen gänzlich unerwartete Resultate.

Über die Wahl von drei Magistratsmitgliedern am Stelle der ausweichenden Stadträte Adler, Zahn und Büchse ist wenigstens in den Fraktionen und zwischen den Fraktionen beraten worden. Sinter den Stufen hin wurde die schärfste Kämpfe geführt, Kandidaten wurden genannt und wieder verworfen, Kandidat für den Ersatzstellen ergaben die Abstimmungen gänzlich unerwartete Resultate. Diese Einigung gollt es so leider, daß einer der drei Kandidaten bereits seine Freunde zur Freie der Neuwahl eingeladen hatte. Zunächst verließ sich alles programmatisch. Der nationalsozialistische Antrag auf Aushebung der Stadtratswahl bis zur Neuwahl der Stadtratsordnenvermittlung wurde gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und Deutschnationalen abgelehnt. Dann aber kam ein kommunalistischer Antrag zur Abstimmung, der die Ausschreibung der Ersatzstellen der Stadtratsstellen verlangte. Zur allgemeinen Ueberrassungen stimmten außer den Kommunisten und Nationalsozialisten auch die Deutschnationalen und die Wirtschaftspartei für diesen Antrag, so daß mit 107 gegen 100 Stimmen die Ausschreibung der Stadtratsstellen beschlossen wurde. Dieses Resultat rief bei der Versammlung und auf den Tribünen tiefe starke Zustimmung, teils großes Gelächter hervor. Die Mitglieder der Kommunisten und Nationalsozialisten, das Jahreshoch der neuen Stadträte auf 6000 bzw. 10000 Mark festzusetzen, wurden mit großer Mehrheit abgelehnt. So durch die Abstimmung endlich etwas geändert wird, ist zum mindesten zweifelhaft. Vorläufig bedeutet es erst einmal eine hinausgezögerte der Wahlplanung.

Nicht weniger merkwürdig war der Ausgang der Abstimmung über die Neugestaltung der Bezirksverordnungen auf Grund der Wahlen der Bezirke. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Bezirksverordnungen über die Bezirksreform, was eine völlige Abhebung der Magistratsverordnungen bedeutet hätte. Trotz aller Bemühungen von verschiedenen Seiten gelang es nicht, eine Änderung in der Haltung der Wirtschaftspartei zu bewirken. Die Abstimmung wurde gegen zwei ihrer kühnen Protze gegen die Ersatzstellen der Stadtratsstellen abgelehnt.

Der mit dem Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten angenommen wurde. Dann wurde über den Vorschlag des Hausbauabteilungsbüros abgestimmt, der besagt, daß die Stadtratsordnenvermittlung politisch an der Regelung dieser Fragen mitarbeiten sollte. Unter großem Beifall wurde dieser Vorschlag von allen Parteien, von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten beschlossen. Als dann die entsprechende Abstimmung kam, stimmten für die Abhebung der Stadtratsverordnungen nur die Kommunisten und Deutschnationalen. Der Stadtratsordnenvermittlung heißt sich, daß damit die Magistratsstellen nicht ausgefüllt. Erst ein Antrag, der besagt, daß die Stadtratsordnenvermittlung die Aufstellung der Vorschläge an den Ausschuss. Man wird also hoffen können, daß jetzt doch noch ein vernünftiges Resultat vom Stadtparlament zustande gebracht wird.

Interessant war auch das Resultat der Beratung über die Elektrizitätsunion. Durch die Gründung dieser Berliner Elektrizitätsunion soll eine wirkungsvolle gemeinschaftliche Interessenvertretung der sogenannten B-Stromkreise der nach dem Verfall der Bewag gegründeten Berliner Kraft- und Licht-Ges. errichtet werden. An diesen B-Stromkreisen mit doppeltem Stimmrecht im Gesamtbetrag von 80 Millionen Mark sind die Stadt Berlin mit 38 Millionen, die Reichsnetzwerke und die Preussische Elektrizitäts-Ges. mit je 21 Millionen Mark beteiligt. Zwischen diesen drei Aktienhabern besteht bereits ein Konfortatvertrag, der aber die Ausübung des Stimmrechts in den Generalversammlungen jedem der drei Kontranten selbständig überläßt. Von den beiden nichtstimmhaltigen Aktien ist nur die Gründung einer Berliner Elektrizitäts-Union angetrieben durch die Sicherung und zum Ausbau des bestehenden Konfortat-Vertrages der B-Stromkreise, namentlich nach der Bildung, daß die drei Stromkreise künftig durch eine gemeinsame Ausübung des Stimmrechts ihre gemeinsamen Rechte und Pflichten wahrnehmen.

Der Hausbauabteilungsbüro beriet in längeren Ausführungen die Einzelheiten des neuen Vertrags und stimmte der Magistratsvorlage schließlich ein. Außerdem beschloß der Stadtrat einstimmig, daß der jetzige Aufsichtsrat der Berliner Kraft u. Licht-Ges. zugleich in der neuen Elektrizitäts-Union als Aufsichtsrat eingeführt werde. Auch in der gefrigen Sitzung wurde die Vorlage vom Plenum fast einstimmig angenommen. Ein scharfer Erfolg für den Bürgermeisterei-Etas, deren Sachverhalt auch von den Parteien anerkannt wird, die mit keinen politischen Ansprüchen nicht übereinstimmen.

# Dummst in der „Neuen Welt“

10 Verletzte

Bei der Ausführung der Verhaftung der „Neuen Welt“ in der „Neuen Welt“, Vorläufer, kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen kommunalistischen Verhaftungshelfern und Polizeibeamten. Als der überwachende Polizeioffizier nach zwei Verhaftungen wegen fortgesetzter großer Beschimpfungen der Polizei das Zeichen zur Auflösung der Verhaftung gab, brachen in dem Gemisch aus Verhaftungshelfern, Beamten und Schülern, Gläser, Flaschen und Stühle. Daraufhin befehligte die Beamten die Mähe und gingen von da aus mit gezogenen Revolvern und mit Gummistöcken gegen die Menge vor. Zusammenstöße gingen in Tränen, und das Mobiliar wurde zerstört. 10 Personen wurden verletzt, darunter 10 Schüler, die mit der Polizei erlitten, durch die Verhaftung der eigenen Leute. Von den Beamten wurde niemand verletzt. Ein Demonstrant wurde zuwangsgeführt.

Eine kommunalistische Verhaftung in „Märchenbrunnen“ am Friedrichshagen wurde aufgeführt. Da sich der Behälter der politischen Festhaltung durch die Nichterfüllung... Wegen Eingangs verbotener Bücher löste die Polizei eine Verhaftung des Kartells proletarischer Organisationen in der „Freien Schule“ Zegel auf.

# Ragenellenbogen zieht Revision zurück

Es bleibt bei drei Monaten Gefängnis

Die Ragenellenbogen-Prozesse hatte die Staatsanwaltschaft I, wie berichtet, schon vor längerer Zeit gegen das Demonstrationskomitee eingeleitet. Nach dem Verfall der Verhaftung der Generaldirektoren Kaufmann, Franke und Cösterhagen rechtskräftig wurde. Namentlich hat auch das Urteil gegen Ragenellenbogen, das auf drei Monate Gefängnis und 10000 Mark Geldstrafe lautete, dadurch rechtskräftig erhalten, daß Ragenellenbogen die Revision zurückgezogen hat. Die Revision wurde zurückgenommen hat. Es bleibt jetzt nur noch bei dem Revisionsantrag des Generaldirektors Kaufmann.

# Zusammenbruch des Schöff-Stricks.

Der Streik der Strauß-Schöffe ist gestern abend zusammengebrochen. Der Streik früh haben sich schon wieder so viele Rechtswahlwähler eingestellt, daß mit der Aufnahme der Arbeitstätigen in vollem Umfang gedreht werden kann. Am Kaufe des gefrigen Tages kam es noch zu vereinzelten Zwischenfällen: in der Bergstraße wurde eine Drohde von Streikenden umgewandelt. Personen kamen nicht zu Schaden. Eine nicht angemeldete Streikverammlung in der Osterstraße löste die Polizei auf. Der Behälter wurde zuwangsgeführt.

# Der Unfall bei der Bewag.

Der schwere Unfall in dem Unfallverkehr gestoppter Straße der Berliner Elektrizitäts-Gesellschaft, über das wir im Abendblatt berichteten, hat fünf Verletzte gefordert, von denen vier mit schweren Brandwunden im Urban-Staatenhaus liegen. Wie von fünfjähriger Seite mitge-

teilt wird, ist das Unglück dadurch entstanden, daß ein Arbeiter, der eine Gleichstrombetriebe reparieren sollte, mit einer Platte der Sammelgleise zu nahe kam, wodurch in der Sammelgleise Kurzschluß entstand.

# Zwei Großfeuer

Gestern abend entstand aus unbekanntem Grund in einem Lagerhaus am Ende der Sabotage-Obersee der E.G.G. in der Wilhelmshafenstraße ein Feuer. Auf zahlreiche Anmerkungen hin riefen unter 5. Alarm sechs Züge, darunter drei freiwillige Wehren, an, um die Flammen, die von weiter sichtbar waren, zu bekämpfen. Aus drei bis zwei Stunden wurde Wasser geschoben. Durch intensive Bekämpfung wurde der Brand endlich gelöscht, inwieweit war die Hälfte des Gebäudes ausgebrannt. Der Sachschaden, der hauptsächlich infolge Zerstörung von Holzmaterialien entstand, ist nicht bedeutend.

# Brandstifter in Schöneberg

Am Haus Oberstraße 60, dem Eshaus zur Maßstraße in Schöneberg, brach gestern nachmittag gegen 3 1/2 Uhr ein gefährlicher Dachstuhlbrand aus, zu dessen Bekämpfung sechs Züge der Feuerwehr unter Leitung von Oberbrandrat Gump anrückten. Der Wehr gelang es, das Feuer, das mit rasender Beschleunigung um sich griff, auf eine Fläche von etwa 200 Quadratmeter zu begrenzen und den größten Teil des Dachstuhls zu retten. Gegen 7 1/2 Uhr waren die Flammen eingestift. Da das Haus in letzter Zeit schon einmal von einem Feuer heimgesucht worden war, wird mit der Möglichkeit von Brandstiftung gerechnet.

# Oberleutnant Bernicke im Krankenhaus.

Der stellvertretende Revieroffizier des Polizeireviers 121, Oberleutnant Bernicke, der, wie berichtet, wegen seiner Schießerei in dem Charlottenburger Lokal vom Dienst suspendiert worden ist, wurde gestern wegen eines Stenogrammverstoßes in das Staatsstrafgefängnis gebracht. Die Vernehmung konnte nicht fortgesetzt werden.

# Die Reichsbahn wird kulanter.

Die Sanpbernung der Deutschen Reichsbahn wird in den nächsten Tagen ihre sämtlichen Betriebsämter anweisen, künftig auch Beträge von

Das Unterhaltungsblatt der Vossische Zeitung enthielt im gestrigen Abendblatt u. a. folgende Beiträge: Herr im Herbst ..... von Julius Posener Der vegetariäre Erbe ..... von Anton Kuh „Kraft-Meyer“ erinnert sich... von Berthold Kellermann

20 Pfennig an für nicht abgehorene Fahrkarten zurückzuführen. Dieser Bestand nur die Beschrift, daß Beträge ab 50 Reichspfennig zurückgezahlt werden, auch ein Anspruch auf Rückzahlung entfällt. Die neue Maßnahme erfüllt einen von dem reisenden Publikum oft geäußerten Wunsch. Wie wir ausrichten erfahren, wird die Streikregelung wahrscheinlich schon vor dem 1. Dezember in Kraft treten.

# Der verbotene Abschied

Aus den Berliner Gerichten

Der Angeklagte wird aus dem Justizhaus vorgeführt, wo er wegen Einbruchdiebstahls im Märzfast zwei Jahre absitzen muß. Er zählt erst 30 Jahre, aber es ist schon keine 14. Straße. Der Vater, 54-jährig, hat sein Leben völlig unbeschäftigt geführt. Auf die Frage, wie es denn kommt, daß der Sohn aus der Art gefahren ist, gibt er die Erklärung: „Er ist eben dämlich.“ Oder wie die Psychiater es nennen: geistig minderwertig.

Zu den zwei Jahren Justizhaus sind ihm noch zwei Monate Gefängnis auferlegt worden, weil er nach der Urteilsverkündung flüchtig und Staatsanwalt bedroht und gegen die Justizbehörden Mißhandlung geleistet haben soll. Die Verurteilung läßt sich nicht ändern, er hat etwas gefasst, es ist aber nicht genau verstanden worden. Dagegen steht von dem Abberufung so viel fest, daß sein Justizamtmeister auf ihn eingewirkt haben und mit ihnen Gummistöcke hinter ihm hergezogen sind, bis in Unterzuchungsgefängnis ein Beamter mit erheblichen Sünden dazwischen trat und mit dem Auf: „Mun gibt er genug!“ der Szene ein Ende bereite. Der Justiz hat nicht mehr rückgängig machen lassen. Da der Vater sich nicht mehr rückgängig machen lassen, so könnten ihm nach den zwei Jahren Justizhaus die zwei Monate Gefängnis, die ihm durch Straßgefährt auferlegt worden sind, beinahe gleichgültig sein. Aber er empfindet diese zwei Monate als ungerecht und hat richterliche Entscheidung beantragt. Und so steht er jetzt vor dem Einzelrichter, und die Teilnehmer eines Einbruchprozesses treten als Zeugen auf.

Die beiden Justizamtmeister, so wird selbsteht, sind als Zeuge Zeuge benannt, und ihre behaltene Körperlichkeit scheint auch dafür zu sprechen. Warum also haben sie bemerkt so mühsam auf ihn eingewirkt? Wahrscheinlich deshalb, weil der Verurteilte bei der Urteilsverkündung dabei instruiert hatte, es würde wohl etwas geben, je möglich ihn neben dem Angeklagten betreffen. Der Verurteilte aber hatte diese Maßregel getroffen, weil er, wie er jetzt als Zeuge ausfragt, dem „Einbruch“ gewann, der Angeklagte würde das Urteil nicht zurück hinterrücken. Und diesen „Einbruch“ gewann er vielleicht daher, daß vor der Verhandlung beim ersten anonymer Brief einangegangen ist, in dem Bewußtseinsfragen des Angeklagten vorgefragt wurden.

Nun war zwar der Angeklagte in jener Verhandlung ohne Zweifel aufgeregt; denn die Beschuldigung des Einbruchs beruhte auf bloße Indizien, und der Angeklagte behauptete, es seien keine Indizien, und er sei unschuldig. Dennoch wäre es zu keinem Ausbruch gekommen, wenn nicht der Verurteilte zu der schwereren Strafe noch eine Unrechtmäßigkeit gefügt hätte. Der Verurteilte hat nämlich, seinem Vater zum Abschied die Hand reichend, auf diesen, „Aber der Verurteilte, hat die Bitte zu gewähren, erziele den Befehl: „Aber ich!“ Da sich dem Sohne die Mutter.

Der Einzelrichter sieht den Widerstand nicht an und ermäßigt die zwei Monate auf drei Wochen. Wenn die zwei Jahre Justizhaus einmal abgeübt sind, wird man nachprüfen, ob für diese drei Wochen vielleicht Bewährungsfrist einzutreten ist. Die Begründung bleibt ausdrücklich fest, es ist unbillig gewesen, den Widrigkeit vom Vater zu verlieren.

Der Mann in Käfig der Anlagehaft ist zufrieden. Aber man möchte er nachholen, was er damals nicht hat erleben dürfen. Er bittet um die Erlaubnis, sich von seinem Vater zu verabschieden. Diesmal wird er es ihm nicht verweigert. Und siehe da: Die Begegnung verläuft in vollem Frieden. Vater und Sohn treten zu einander, der Vater meint, der Sohn meint, der Vater küßt den Sohn auf beide Backen; dann läßt sich der Sohn ins Justizhaus zurückführen.

So harmlos hätte die Sache gleich verlaufen können. Aber wie wissen ja längst, wie oft das Böse geschieht, nur weil die Leute freudig, es könnte geschehen, und ihre Maßnahmen bagagen treffen. Inquit.

Feiger Überfall auf eine Frau. Der Gesundheitsarbeiter Walter Janowitz, der sich bei der E.G. von Zehnberg, Kreis Oberbarnim, im Aufnahme bemut hat, wurde vom Oberlandwehrschützen, weil er die Oberin, eine Zivlin, in ihrem Lokal überfallen und vergewaltigt hat. Unter dem Vorwand, einen Unterwaggen benutzen zu wollen, damit seine ziviltätigen Parteifreunde ihn nicht fassen, ließ sich Janowitz von der Wirtin in den Garten bringen. Dort fiel er über die Frau her. Der Verurteilte, was am 1. November u. 3. aus dem Gefängnis entlassen werden, wo er eine Strafe wegen eines ähnlichen Deliktes verbüßt hatte.

Gefäßliche Farben-Akten. Wegen Fälschung von 50 J. G. Farben-Akten wurde der Invalide Wilhelm Einnenkamp vom Dortmund-Schöffengericht zu zwei Jahren drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der mangelhafte Händler Franz Schmidt erhielt ein Jahr Gefängnis. Beide Angeklagten wurden sofort nach der Urteilsverkündung verhaftet.

Hilfswerk für die Blinden. Der Verein zur Förderung der wirtschaftlichen Selbständigkeit der Blinden wendet sich an die Öffentlichkeit und der Bitte um Unterstützung seines Hilfswerks für die Blinden. Die Organisation, die seit 46 Jahren

Verfallsfrist für die Wahlen aller Reichstagen und Reichsräte bereit, plant für den Winter eine Sektion, durch die die schärfste Art gemindert werden soll. Warenplanen werden in Berlin von Roten abgelehnt, die mit Ausnahme von Berlin, Ostpreußen werden auf dem Parteitag in Berlin 80188 erledigt. Das Kaiseramt kommt den Reichstagen Wahlen zugute, die durch Generalabteilung doppelt länger getroffen sind.

# Lotteriespiel auf der Straßenbahn

Beicht der Vossischen Zeitung

FRANKFURT A. M., ENDE OKTOBER

Die Direktion der hiesigen Straßenbahn in Frankfurt a. M. hat sich seit einiger Zeit mit einem recht originellen Spiel, das lotterische Züge der Verkehrsleiter abzumachen. Schiller, die an den Motoren angebracht sind, verhindern, daß jeder millionäre Fahrplan mit 10 Mark honoriert wird. Da durchschnittlich die Straßenbahn in der Woche zwei Millionen Fahrten leistet, ist der Kontrollleur, der mit dem Aussehen dieser Preisprämie beauftragt ist, zweimal wöchentlich in der Lage, dem überflüssigen Inhaber eines Fahrplans 10 Mark in die Hand zu drücken.

Das System, nach dem dieser Glücklich ausfindig gemacht wird, ist nicht sehr einfach. Die Erziehung des millionen Spielers ist das Ergebnis einer möglichst neuen Wohlwollendheitsziehung. Die Direktion verfährt selbstverständlich über ein genaues statistisches Material, auf Grund dessen sie in der Lage ist, zu entscheiden, zu welcher Stunde der Glücksschein fällig wird. Der Kontrollleur begibt sich dann mit einem Schloßer, der eben seinen Dienst aufnimmt und seine neuen hundert Markscheine einbringt, auf die Jagd nach dem Glückigen. Im Zeitraum von einer bis zwei Stunden macht er den Glücklichen ausfindig. Das Erziehungssystem hat allerdings eine Vöde: Der millionen Fahrplan kann nicht kontrolliert werden, da die Fahrpläne nicht, ohnehin schon in einem anderen Wagen liegen. Hier stellt eine Vöde, die aber unvermeidlich ist. In dieser originellen Zettelziehung spielen aber nicht nur die Inhaber von Fahrplänen mit, sondern auch die Fahrer von Monats- und Wochenkarten.

Das Spiel selbst erfordert wenig Zeit, kann selbstverständlich nicht mehr als ein Spiel sein. Die Direktion der Straßenbahn mit dem wöchentlichen Eintrag von 20 Mark ihrerseits das Spiel gewinnt, das heißt, die Popularität, die die Fahrpläne der Frankfurter Straßenbahn jetzt tatsächlich hegen, den Verkehr der Straßenbahn zu erhöhen, ist ein sehr wertvolles Spiel. Jeder, der ein Spiel fähig ist, wird sich ein Spiel leisten können. Jeder, der ein Spiel fähig ist, wird sich ein Spiel leisten können. Jeder, der ein Spiel fähig ist, wird sich ein Spiel leisten können.

# Selbstmord mit vergifteten Pralinen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

CHEMNITZ, 27. OKTOBER

Der Herr... Chemnitz, 27. Oktober. Der Herr... Chemnitz, 27. Oktober. Der Herr... Chemnitz, 27. Oktober.

Der Herr... Chemnitz, 27. Oktober. Der Herr... Chemnitz, 27. Oktober. Der Herr... Chemnitz, 27. Oktober. Der Herr... Chemnitz, 27. Oktober.

# Sondergerichte an der Arbeit

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

BRESLAU, 27. OKTOBER

Das Oberste Sondergericht verteilte gestern seinen Angehörige der S.P.D. auf Organisationsstellen zwischen drei und neun Monaten, weil sie eine nationalsozialistische Propagandabroschüre am Tage vor der letzten Reichstagswahl mitgebracht haben sollen. Ein vor kurzem aus der S.A. ausgeschickter Junge behauptete allerdings, daß sämtliche S.A.-Karte, die sie sich auf die Propagandabroschüre begeben hätten, bereits beschnitten waren. Derselbe Junge erzählte, daß man außerdem nach dem Zusammenstoß mit den Sozialdemokraten darüber berieten habe, welche Aufgaben vor Gericht am günstigsten sein würden. Der Staatsanwalt erklärte aber, daß es doch nicht feststehe, ob die Nationalsozialisten Gewalttätigkeiten beabsichtigten hätten.

# HAMBURG, 27. OKTOBER

Das Minister-Sondergericht verhandelte gegen zwei Kommunisten, James Wulfen und 29 Schwestern. Die beiden Hamburger Verkehrsleute an einem Angriff auf einen Autobus der Verkehrsvereinsgesellschaft Altona beteiligt hatten, bei dem die Passanten aus dem Autobus getrieben und der Fahrer demoliert wurde. Die Angeklagten wurden zu je einem Jahr Gefängnis verurteilt.

# National-Vereins-Bericht in Berlin.

Die Parteigruppe Westens des Landesverbandes Berlin des Deutschen Nationalvereins ist gegründet worden. Dem Vorstand gehören an: Dr. Berg, Dr. Gater, Dr. Professor Gine, Dr. Zunginger, Mittelbürger, Krensch, Wilmanns, Schömann, Dr. Mühlh, Dr. Nebrdt, Stromeyer. Die Parteigruppe umfasst westlich die Berliner Stadtbezirke Charlottenburg, Schöneberg, Spandau und Wilhelmsdorf.

# Auftakt zur Wahl.

An der Ecke Dresener und Stolpische Straße, im Norden Berlins, kam es gestern abend zu einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Drei Nationalsozialisten wurden verletzt, sechs Kommunisten wurden angeklagt, während die Kampfpläne schon geflohen waren. Zwei Personen wurden zwangsgewaltig, ein Nationalsozialist wurde in der Kommandantur in Charlottenburg festgenommen, weil er mit anderen Parteigenossen Wahlpläne für eine sozialdemokratischen Propaganda-Abgabe beabsichtigte hatte.

und die Auffassung einer Elternfamilie. Daß in technischer Beziehung schon viel geleistet wurde, ist jetzt Ditt.-Ing. S. Rogan, der unter vielen anderen Verleuten „geräuschlos“ und „geräuschlos“ Maschinen und Bergwerke vorführt. Interessant ist, daß bei Elektromotoren die Rüttelgeräusche die eigentliche Ursache sind, bei Stromerzeugung von Generatoren läßt sich das Geräusch auf ein ganz geringes Maß beschränken.

# Neue Ziele der Erziehung

Empfiehlt mehrere Elternfragen: Elternfrage, was soll das? Sollen wir auch noch einmal die Schulbank drücken? Andere, erhellende, werden schnell davon überzeugt sein, daß Eltern lernen müssen, was sie gar nicht besonders gut können. Dazu gehört in allererster Linie die Verbindung und Erziehung ihrer Kinder. Die Pädagogin Tami De Liffen, die eine Familienliste in Väterzeile stellt und langjährige pädagogische Erfahrung hat, hält es gerade jetzt für erforderlich, dem Eltern Wege zu weisen, was sich aus der Besonderheit unserer Zeitgenossen neue Konflikte ergeben können.

Elternfrage, ein neuer Gedanke! Und dennoch nicht ganz neu. Denn hat nicht auch früher die Mütter gelebt? Freilich, jetzt kommt eine Frau, die gerade und ganz besonders die Väter betonen möchte. Die alte Autorität der Eltern besteht heute nicht mehr. Schluß macht das Kind nicht mehr an die Unfehlbarkeit von Vater und Mutter. Ein neues Verhältnis zwischen Eltern und Kindern ist entstanden, genau wie sich auch die Beziehungen zwischen Lehrern und Schülern durchaus geändert haben. Aber so läßt das Kind, so als es gemeint ist, viele Eltern befragen sich über die Frage ihres Wohlbefindens. Die Kinder wollen ihnen durch die neue „Freiheit“ über den Kopf, sie können sie nicht mehr im Raum halten. Die Familie ist nach dem Krieg in Deutschland ins Wanken geraten. Sie muß regeneriert werden. Ein neues Erziehungsziel muß das alte, das vom geordneten Leben erheben. Andere Schritte sollen der Zeit und ihren Aufgaben gemäß zu freien Menschen heranzuführen. In der Familie sollen sie das Gemeindefähigkeit kennenlernen, die Liebe des einen zu dem anderen, die Rücksicht des einen auf den anderen. Jeder hat in der Familiengemeinschaft die gleichen Rechte und seine Arbeit anderen Menschen und Vorgesetzten zu erfüllen. Das Kind soll auf Selbstständigkeit und auf Selbstverantwortung herangezogen werden.

Um ihm alle diese Eigenschaften mitgeben zu können, müssen die Eltern selbst auf sich achten, ihr Selbst beibehalten. Dazu will ihnen die Elternfrage, in der jeden Montag abends in einer Arbeitsgemeinschaft unter Tami De Liffen Leitung über Erziehungsfragen gesprochen wird (Eisenacher Straße 15, bei Arnolds), helfen, e. ex.

# Die Deutsche Staatspartei im Wahlkampf

In einer großen öffentlichen Kundgebung am Freitag, dem 24. Oktober, abends 8 Uhr, in der Germania-Krochlinen, Berlin 9, Chausseestraße 110, sprechen Landesminister Schreiber und Baumeister Collofer über: „Die soziale und politische Arbeit der Deutschen Arbeiterpartei.“

Samstag, 30. Oktober, nachmittags 5 Uhr, Eilmühle, Ref. Kinder, Bahnhofstraße Ecke Grünauer Straße. Referent Dr. Goepel.

Montag, 31. Oktober, 8 Uhr, Bürgerklub Neudamm, Bergstraße 147. Referent Otto Collofer.

Dienstag, 1. November, 8 Uhr, Köpenicker Hof, Köpenicker Straße 74. Referent Dr. Goepel.

Dienstag, 1. November, 8 Uhr, Baumhulshausweg, Baumhulshausweg 6, Ref. Goethard. Referent Dr. Goepel.

Dienstag, 3. November, 8 Uhr, Seebad Mariendorf, Seebad Mariendorf, Berliner Straße. Referent Otto Collofer.

Dienstag, 3. November, 8 Uhr, Schönhauser Feld, Schönhauser Feld 29, Ref. Dr. Goepel.

Dienstag, 3. November, 8 Uhr, Schulthess-Platz, Schulthess-Platz 25.

Freitag, 4. November, Arbeitsgemeinschaft der Deutsch-Preussischen Arbeitervereine. Referent Otto Collofer.

Sonnabend, 5. November, 8 Uhr, Großbrenner. Referent Otto Collofer und Dr. Romad.

Selbstmord eines Bildhauers. Der Professor an der Breslauer Kunstgewerbeschule Richard Schiller, Leiter der Bildhauerschule, hat Selbstmord verübt. Der Verlebte war noch nicht 60 Jahre alt und seit dem Jahr 1900 in Breslau tätig. Er hatte vor kurzem eine schwere Krankheit überstanden, die ihn an den Rand des Todes brachte.

Lehrerbildung. Das letzten erscheinende Verzeichnis der Einrichtungen für die Lehrerbildung in Berlin umfaßt

Advertisement for 'Kolonialwaren' (Colonial Goods) featuring a grid of products and prices. The products include various types of rice, flour, butter, oil, and other foodstuffs. The prices are listed in columns. At the bottom, there is a large banner for 'Bestellungen' (Orders) with contact information for 'U. BAHNHOFF' and 'F. HERMANN PLATZ'.

U. BAHNHOFF F. HERMANN PLATZ D. ER. KARSTADT - BAHNHOF













